

Erscheint  
an allen Wochentagen.  
Bezugspreis  
für Monat Dezember 25.—  
in der Buchhandlung 25.—  
in den Ausgabestellen 26.—  
durch Zeitungsbüros 30.—  
am Postamt . . . . 27.—  
im Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4248, 2273.  
3110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Abzahlung des Bezugspreises.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis  
f. d. Grundschifffahrt im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens . . . . 40.—M  
Reklameteil 120.—M

Für Anträge aus  
Deutschland 3.50 M  
im Reklameteil 10.—M  
in deutscher Mark

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.

Czeczkowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 20.283 in Poznań

## Recht muß Recht bleiben.

In Nr. 213 unseres Blattes haben wir zwei Urteile des Bezirksgerichtes Ostrowo abgedruckt, in denen die jadenscheinigen Gründe restlos zerstört wurden, mit denen der Prozeßvertreter des Fiskus das ungeheuerliche Vorgehen gegen die Pächter von Staatsdomänen und Ansiedlergrundstücken zu rechtfertigen suchte. Es verloren sich wohl, aus den beiden Erkenntnissen die wichtigsten Leisätze herauszuholen, da sie mit gleicher Schlagkraft allen den Pachtansiedlern zur Seite stehen, die in den letzten Wochen die Aufrufung zur Räumung ihrer Grundstücke erhalten haben, und erst recht den zahlreichen Rentenansiedlern die mit gleichlautenden Räumungsverfügungen bedacht worden sind. Ein besonderes Wort wird dann noch über die auf Liquidierung gerichteten Verfügungen zu sagen sein.

1. Unhaltbar ist aus allgemein gültigen rechtlichen Erwägungen die Anschauung, als ob der polnische Staat die früher in der Hand des preußischen Staates gewesenen Grundstücke originär erworben hätte, das heißt: es ist nicht so, als ob der polnische Staat Neuland erworben hätte, das früher noch keinen Eigentümer gehabt hat (angespültes Uferland). Vielmehr ist eine Rechtsnachfolge eingetreten. Originär sind die aus dem Verhältnis von Staat zu Staat ergebenden Rechtsauswirkungen. Insoweit hat die Konstituierung des polnischen Staates etwas von der Vergangenheit Losgelöstes geschaffen, so daß also beispielsweise der polnische Staat in die von Preußen-Deutschland geschlossenen internationalen Verträge nicht eingetreten ist. Anders eben der Erwerb der einzelnen innerhalb des Staatsgebietes belegenen Domänen- und Ansiedlungsgrundstücke, der sich als derivativer (abgeleiteter) Erwerb nach rein privatrechtlichen Normen darstellt, als ein Eigentumsübergang vom preußischen Staat oder richtiger gesagt, vom preußischen Fiskus, als der staatlichen Rechtspersönlichkeit des Privatrechts — auf den polnischen Fiskus. Ähnlich ausgedrückt: bei Neuregelung seiner internationalen Verhältnisse braucht sich der polnische Staat nicht um das zu kümmern, was früher gewesen ist, in seinen privatrechtlichen Beziehungen aber ist er an die rechtswirksamen Abmachungen aus der Vergangenheit gebunden.

2. Der Friedensvertrag besagt zudem ganz ausdrücklich daß es sich bei dem Erwerb allen Besitzes und Eigentums im abgetretenen Gebiet nicht um einen originären Zweck handelt, sondern um ein typisches privatrechtliches Veräußerungsgeschäft, denn es heißt in Art. 256: "Die Mächte denen bisherige deutsche Gebiete zufallen" (hier also ganz charakteristisch: "Gebiete zufallen"); in dem Worte Gebiete kommt der Staatshoheitsgedanke zum Ausdruck, in dem Worte zufallen das Originäre des Erwerbes), "erwerben (das wieder ist bezeichnend für Rechtsnachfolge) allen Besitz und alles Eigentum, welches dem Deutschen Reich oder den Deutschen Bundesstaaten gehört, soweit es in diesen Gebieten liegt." Und nun kommt unmittelbar anschließend das Charakteristische der privatrechtlichen Veräußerung: "der Wert dieser Erwerbungen wird durch die Wiedergutmachungskommission festgesetzt, durch den Erwerbenden Staat an sie bezahlt und dem Deutschen Reich auf die ihr Wiedergutmachungen geschuldeten Summen gutgeschrieben."

3. Handelt es sich um eine privatrechtliche Veräußerung, um ein Kaufgeschäft, so gelten die Bestimmungen des B.-G.-B., nach denen der Erwerber an die vom Veräußerer über die Grundstücke geschlossene Pacht-pp.-Verträge gebunden ist. (Kauf bricht nicht Miete.)

4. Der polnische Fiskus beruft sich zu Unrecht darauf, daß ihm durch den Friedensvertrag der lastenreiche Erwerb der Domänen- pp. Grundstücke zugestanden sei. Der hierzu herangezogene Art. 254 spricht von der Übernahme eines Teiles der Schuld der deutschen Staaten, also von einer Schuld der staatshoheitlichen Rechtsvorgänger. Von privatrechtlichen Lasten spricht der Art. 92. Dort heißt es, daß der polnische Staat hier von solchen Lasten diejenigen Güter übernimmt, die früher dem Königreich Polen gehört haben. Aus dieser Sonderbestimmung ist zu folgern, daß bei allen anderen Gütern (und um solche anderen Güter, die früher noch nicht dem Königreich Polen gehört haben, handelt es sich fast ausschließlich) der polnische Staat die Lasten mit zu übernehmen hatte. Erst recht müssen vertragliche Verpflichtungen, die — juristisch gedeckt — weniger wegen wie "Lasten", d. h. dingliche Lasten, auf den Erwerber der Grundstücke mittübergegangen sein.

5. Endlich ist in der Anlage zu den Artikeln 299 bis 303 ganz ausdrücklich festgelegt, daß Verträge zwischen Einzelpersonen oder Gesellschaften einerseits und Staatsregierungen, Provinzial- oder Stadtverwaltungen andererseits in Kraft bleiben, und daß ihre Aufhebung ausgeschlossen sein soll.

6. Sind aber die über die Domänen und Ansiedlergrundstücke geschlossenen Pachtverträge in Kraft geblieben, und ist ihre Aufhebung nach dem Friedensvertrage verboten, so dürfen und dürfen sie von der polnischen Regierung nicht gekündigt werden. Denn die Verträge selber sehen eine vorzeitige Kündigung — von den Sonderumständen abgesehen — nicht rechtzeitige Pachtzahlung u. dgl.) nicht vor.

7. Über die Rechtsgültigkeit und das Inkraftbleiben von Pachtverträgen, die vom preußischen Staat nach dem

## An die deutschen Wähler und Wählerinnen!

Proteste gegen die widerrechtliche Streichung deutscher Kandidaten und Kandidatenlisten sind nutzlos gewesen. Hebt bei den Wahlen

### keine Stimmenthaltung!

Wo keine deutsche Kandidatenliste ansteht, bringt euren Protest gegen die Wahlentziehung dadurch zum Ausdruck, daß Ihr eure Stimme den Kandidaten der polnischen Sozialdemokratie gebt, die die Interpellation unserer Geheimabgeordneten im Sejm unterstützt hat.

### Deutsche Partei.

Abschluß des Waffenstillstandsvertrages geschlossen worden sind, läßt sich das Urteil des Bezirksgerichts Ostrowo nicht näher aus, da in dem zur Erörterung gestellten Streitfall der langfristige Pachtvertrag lange vor dem Waffenstillstand geschlossen worden war. Selbstverständlich aber bestehen auch alle nach dem Waffenstillstandsvertrage — 11. 11. 18 — geschlossenen Pachtverträge zu Recht: denn bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages durfte der preußische Staat, dem auch die Staatshoheit im abgetretenen Gebiete bis dahin zukam, über sein Grundeigentum durch Privatverträge beliebig verfügen. Daß der Wert des auf den polnischen Staat übergehenden Vermögens des preußischen Staates nicht gemindert werden durfte, steht auf einem anderen Blatt. Verträge, die das bezweckt hätten, würden gegen die Grundsätze von Treu und Glauben verstößen haben und unterlagen wohl der Anfechtung. Aber von solchen auf Vermögensschädigungen des polnischen Staates abzielenden Manipulationen ist ja bei den vom preußischen Staat etwa nach dem 11. 11. 18 geschlossenen Pachtverträgen keine Rede.

8. Auch auf das Sejgesetz vom 14. 7. 20 durfte sich der polnische Staat zur Kassierung der Domänen und Ansiedlerpachtverträge nicht berufen. Denn das zitierte Gesetz, das weder irgend welche Bestimmungen des Friedensvertrages noch des B.-G.-B. aufhebt, kann sich zu den dort festgelegten Normen also auch nicht in Gegensatz setzen. Das Gesetz spricht aber überhaupt nicht von der Möglichkeit von der Aufhebung der über staatliche Grundstücke geschlossenen Verträge, sondern von der eventuellen Entfernung von Personen, die sich auf den Grundstücken befinden. Seine Motive besagen aber, daß eine solche Entfernung von Einzelpersonen nur für den Fall gedacht war, daß sie durch unerlaubte Manipulationen des preußischen Staates nach dem 11. 11. 18 auf die Grundstücke gebracht sein sollten. Wie die Entfernung dieser Personen vor sich gehen sollte, ist in dem Gesetz überhaupt nicht gesagt. Bei dem Schweigen des Gesetzes darf aber nicht unterstellt werden, daß als Mittel zum Zwecke die Kassierung der von den betroffenen Personen eingegangenen Pachtverträge statthaft sein sollte.

Selbstverständlich gilt alles, was in dem Urteil über die Pachtverträge gesagt ist, ebenso und erst recht bezüglich der Rentenentschädigungen. Auch an diese Verträge ist der polnische Staat als Rechtsnachfolger des preußischen Staates gebunden. Er ist also, soweit die Auflösung der Rentenrundstücke zu preußischer Zeit noch nicht erfolgt war, gehalten, die Auflösung zu geben, denn der Erwerber hatte dem preußischen Staat gegenüber ein flegbares Recht auf Auflösung.

Neuerdings ist die polnische Regierung gegen die Renten- und Pachtansiedler zumeist mit Liquidationsverfügungen vorgegangen. Auch diese Verfügungen entbehren in den weitauß meistens Fällen der Rechtsgrundlage. Denn liquidierbar sind bekanntlich nur deutsche Reichsangehörige. Die hier wohnhaften Renten- und Pachtansiedler sind aber nicht Reichsdeutsche, wie vielfach fälschlich angenommen wird. Der maßgebende Art. 91 des Friedensvertrages besagt in seinen beiden ersten Absätzen klar und deutlich: Die hier wohnhaften Reichsangehörigen haben mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, also am 10. Januar 1920, die Reichsangehörigkeit verloren. Die einen von ihnen, nämlich die, die hier schon vor dem 1. Januar 1908 domiciliert waren, und die hier über in Russisch- oder Österreichisch-Polen Geborenen sind gleichzeitig ohne weiteres polnische Staatsangehörige geworden. Die anderen nach dem 1. Januar 1908 Zuzeugenen bedürfen besonderer Einbürgerung. Bis zu dieser Einbürgerung sind sie staatenlos, und als solche unterliegen auch sie nicht der Liquidation. Es ist das durchaus verständlich, daß die Schaffung des polnischen Staates unter ganz anderen Gesichtspunkten erfolgte wie etwa die Abgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Hier sollten eben nicht die im abgetretenen Gebiet wohnhaften Deutschen durch den Wechsel der Staatshoheit persönlich getroffen werden. Vielmehr sollten in Polen gewolltermaßen nur solche Deutschen der Liquidation unterliegen, die im Reiche wohnten — also tatsächlich Reichsangehörige geblieben waren — um hier — im Auslande — nur Beute hatten. Es ist zu hoffen, daß der Völkerbund in Kürze absolute Klarheit schafft, und daß sich dann die heutigen Staatsangehörigen nicht mehr auf den — auch den heutigen Gerichten gegenüber beibehaltenen — Standpunkt stellen dürfen: "den Friedensvertrag legen wir so aus, wie es uns passt!"

### Ameritas Abrüstungskonferenz.

Der Entwurf, den der Vorsitzende der Konferenz, Staatssekretär Hughes, im Namen Amerikas vorgelegt hat, enthält folgende Punkte:

1. Großbritannien, Japan und Amerika würden durch eine besondere Abmachung ein Einvernehmen treffen, daß die Rüstungen zur See eingeschränkt sollen, wobei aber die Bedingungen der nationalen Sicherheit jedes einzelnen Staates in Betracht gezogen werden sollen.

2. Die besondere Lage Englands soll nach der Formel anerkannt werden, die Wilson im Jahre 1919 billigte und die darauf hinauslief, daß Großbritannien seine Macht zur See beibehalten sollte.

3. Wegen ihrer territorialen und politischen Interessen sowie wegen der Länge ihrer Küste im pazifischen Ozean und wegen der Notwendigkeit, die Monroe-Doctrin auch weiterhin zu verteidigen, haben die Vereinigten Staaten allen Grund, ihrer Flotte eine solche Stärke zu geben, die der der stärksten Seemacht, also Englands, entspricht.

4. Durch eine Sonderabmachung werden Großbritannien, Japan und Amerika erklären, daß sie für einen gewissen Zeitraum keine neuen Schiffsbauten unternehmen wollen. Während dieser Zeit wird kein Kriegsschiff vom Stapel gelassen werden, außer, wenn es zum Erfolg entwerteter Schiffe dient. Durch genaue Bestimmungen soll festgelegt werden, wann ein Schiff entwertet ist.

5. Sechs Schlachtschiffe, die sich in den Vereinigten Staaten augenblicklich in Bau befinden, sollen als bereits zur amerikanischen Flotte gehörig betrachtet werden, weil die amerikanische Flotte der Schiffe dieser Kategorie beraubt ist, die aber die Schlüssel zu jeder Seemacht sind, wie sie Großbritannien und Japan bereits besitzen.

6. Japan und die Vereinigten Staaten verpflichten sich, von einer Festigung ihrer Gebiete an der Küste des Stillen Ozeans Abstand zu nehmen.

7. Um ohne weiteren Verzug zu einer Verminderung der Rüstungen zu gelangen, sollen alle entwerteten Schiffe sofort aus dem Register der betreffenden Staaten gestrichen werden.

8. Es sollen Pänder gegeben werden, damit keine Macht Handelschiffe bewaffnen und sich dadurch auf ungesehliche Art Kriegsschiffe beschaffen.

Das Projekt des amerikanischen Staatssekretärs Hughes besteht, mit welcher Aufrichtigkeit Amerika danach strebt, den Abrüstungsbereichen auf der Konferenz zu verwirklichen. In Finanzkreisen glaubt man, daß die amerikanische Sachverwaltung durch dieses Projekt jährlich 200 Millionen Dollars sparen würde. Admiral Beatty und die englischen Sachverständigen haben sich bereits am Sonnabend nachmittag mit dem amerikanischen Vorschlag beschäftigt. Die japanischen Sachverständigen sind am Sonnabend abends zu einer Sitzung zusammengetreten.

Reuter meldet, daß die Abrüstungsvorschläge in den offiziellen Kreisen in London einen vorzüglichen Eindruck gemacht haben, und daß England in denselben wohlwollenden Geiste antworten wird. Lloyd George konnte noch nicht antworten, da er bis jetzt nicht offiziell aus Washington unterrichtet sei.

Wie ein hervorragender Mitglied der britischen Delegation erklärt, soll Haig die Erklärung abgeben, daß England die von Hughes bekannte gegebenen Vorschläge für die Beschränkung der Rüstungen im Prinzip annehme, daß die britische Regierung sich jedoch vorbehalte, eine Einschränkung der Selbständigkeitsgrenze für den Unterseebootbau vorzuschlagen. Ferner will die britische Regierung eine Änderung der Vorschläge betreffend das Verbot von Erfahrbauten beantragen. Derselbe Gewährsmann fügt hinzu, die allgemeine Annahme gehe dahin, daß die wirtschaftlichen Fragen einer späteren Konferenz vorbehalten werden. Frankreich habe sich bereit erklärt, jetzt die Frage der Annulierung der Kriegsschulen aufzuräumen.

Admiral Kato hat Journalisten gegenüber erklärt, Japan würde nicht mit Amerika und England in den Rüstungen zur See wetteifern. Japan habe seine Kriegsschiffe nur zu Defensivzwecken gebaut und nachdem die Ursache der japanischen Verschüttungen jetzt beseitigt sei und auch Amerika von Japan nichts zu befürchten habe, könne eine Übereinstimmung nicht ausbleiben. Die amerikanischen Blätter sehen in den Abrüstungsvorschlägen von Hughes einen großen Fortschritt und meinen, daß die Vereinigten Staaten sich einer größeren Abrüstung unterwerfen wollen, als diejenigen, an denen die anderen Länder verpflichtet seien. Der Führer der japanischen Delegation zweifelt nicht, daß die Konferenz erfolgreich sein wird. Wenn man vor der Abreise der Delegation aus Japan noch Zweifel hegt, so seien diese Zweifel jetzt vollständig beseitigt.

### Fortschreibung der Flottenbauten.

Washington 18. November. Das amerikanische Flottenprogramm wird nach Erklärungen dem in Paris vorliebig nicht eingestellt werden, es sei denn, daß der Kongress einen dagehenden Beschuß fügt oder daß endgültige internationale Vereinbarungen über die Flottenstärke getroffen werden. Auch die Vertreter Frankreichs wollen sich in der Frage der soortigen Einstellung der Flottenbauten nicht festlegen mit dem Hinweis darauf, daß dies im Widerprüch zu der japanischen Verfassung stehe.

### Das Thema Deutschland.

Washington, 17. November. Hughes habe mit Briand und einigen anderen Diplomaten eine lange Konferenz, in der die Lage Frankreichs Deutschland gegenüber eingehend erörtert wurde und ebenfalls die militärischen Maßnahmen, sowie die Reparation behandelt wurden.

# Bor der Volksabstimmung in Wilna.

Sejmierung vom 15. November.

Warschau, 16. November. (P. T. A.)

Einige Gesetzentwürfe werden ohne Diskussion den Ausschüssen überwiesen, und zwar ein Entwurf über die direkten Steuern und die Stempelgebühren, ein Entwurf über Grunds- und Bodenverkauf bei der Station Gempin, ein Entwurf über die Nationalisation des Abkommens zwischen Polen, Danzig und Deutschland über den freien Durchgangshandel.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die erste Lesung des Gesetzes über die vorläufigen Maßnahmen zur

Vermögensstaatsfeindlicher Bestrebungen.

Abg. Perl behandelt die Geschichte des vorliegenden Entwurfs und hält es für unangebracht, daß man sich damit beschäftigt. Die Bevölkerung will endlich aus dem Zustand der Vorläufigkeit herauskommen, und Minister Domarowicz legt vorläufige Bestimmungen vor. Dieses Gesetz kann sich nicht auf Artikel 124 der Verfassung stützen. Der § 1 des Gesetzes steht in Widerspruch zu der Verfassung. Es bedeutet eine Rückkehr zur Verwaltungswillkür, eine Ausschaltung der Gerichte und eine Aussetzung der Rechtsprechung an die Verwaltungsbehörden. Der Redner beantragt Ablehnung des Entwurfs ohne Überweisung an den Ausschuss.

Innenminister Domarowicz weist darauf hin, daß das Gesetz auf ausdrücklichem Wunsch des Sejm, seines Reichsausschusses und seines Verwaltungsausschusses eingebrochen wurde. Die entsprechende Aufforderung ging dem Justizminister zu, dem es obliegt, die brauchbaren Formulierungen zu finden. Der Entwurf erfordert, daß die in den verschiedenen Teilgebieten geltenden Bestimmungen in Übereinstimmung miteinander gebracht werden. Es verlangt ohne Zweifel eine längere Diskussion. Trotzdem kann das Verwaltungsgesetz, das die Verhältnismäßigkeiten betrifft, ohne längeren Aufschub angenommen werden. Der Justizminister hat nichts dagegen, daß später beide Gesetze vereinigt oder einige ihrer Bestimmungen gemildert werden. Das Gesetz, das der Justizminister vorlegt wird und das die Regierung bereits angenommen hat, hat einen grundähnlichen Charakter. In diesem Fall hält nicht nur die Regierung, sondern hält auch die ganze polnische Bevölkerung, die gegen die Kommunisten angewandt werden. Trotzdem schwindet die Einigkeit in dieser Beziehung beim ersten Auftreten konkreter Projekte. Die Ursache ist der Mangel an Vertrauen zu den Organen der eigenen Verwaltung.

Der Minister gibt einen Überblick über die Entstehung des Entwurfs und charakterisiert das Wesen des beachtigten Gesetzes und den psychologischen Zustand der Bevölkerung Polens. Die Festigung der staatlichen Formen ruht auf planmäßige geheime Gegenbestrebungen. Seit dem 2. Mai d. J. gilt in Polen das Ausnahmegesetz vom 28. Juli 1919. "Für die Zukunft gibt der Art. 124 der Verfassung die Bearbeitung eines Normalausnahmegesetzes an die Hand, aber in diesem Augenblick, da der Feind uns den Krieg erklärt hat, ist die Regierung aller Verteidigungsmittel beraubt, denn sogar die Gesetzesnovelle vom 25. Juli, die noch von der vorigen Regierung dem Sejm vorgetragen wurde, wurde bis jetzt nicht angenommen. Unsere Lage ist folgende: Von der einen Seite unzweifelhafte verbrecherische Bestrebungen, von der anderen Seite unter Umständen Mangel an Gewissen. Ich erkläre feierlich, daß ich im Falle der Annahme dieser Novelle das Ausnahmegesetz vom 25. Juli in wirtschaftlichen Ausnahmefällen anzuwenden beabsichtige. In diesem Augenblick werde ich es in der Grenzzone nur gegen die Kommunisten anwenden zum Zwecke der Schließung der Grenze und werde nicht zulassen, daß es gegen irgendeine andere angewendet wird. Ich werde in dieser Richtung an die Behörden der ersten und der zweiten Instanz die schärfsten Verordnungen ergehen lassen und werde alle bekannten Mißbräuche bestrafen, wenn die Befürchtungen der Gegner des Gesetzes sich als gerechtfertigt erweisen sollten. Der Sejm kann auch Zurückziehung des Entwurfs verlangen. Sollte er jedoch in dieser Hinsicht Zweifel juristischer Art haben, so kann das Haus entsprechende Klauseln dem Gesetz einfügen. Wir dürfen jedoch nicht warten, bis ein Augenblick kommt, wie es der gegenwärtige in bezug auf die Finanzen ist, von dem der Finanzminister sagte: Das Dach brennt über uns."

Abg. Skapinski bespricht einen Fall, in dem Soldaten verwendeten, um einen Pfarrer zum Verlassen der Propstei in Jasniowa zu zwingen.

Abg. Kotula beschäftigt sich mit demselben Fall, ebenso die Abg. Daszyński, Rutek, Bagiński, Kurgawski.

Kriegsminister Sośniewski tritt für die Militärbehörde ein und verlangt Verhaftung der Truppen vom politischen Kampf. (Weiß auf der linken, Unruhe auf der rechten.) "Hier wird die Sache so dargestellt, als wenn ich, der

Kriegsminister, der verantwortliche Verteidiger dieses Gesetzes wäre. Sie (die Linken) verwenden wollen die Politik in das Heer hineinragen. (Gruß auf der Linken: "Wir wollen nicht, daß die Truppen für den Bischof da sind.") Was den Fall in Jasniowa betrifft, so stelle ich fest, daß die Verwaltungsbehörden berechtigt sind, im Sinne der geltenden Gesetze und Bestimmungen die Truppen zu Hilfe zu rufen, und daß die Truppen in diesem Falle verpflichtet sind, dem Ruf der Verwaltungsbehörde zu folgen. Das wäre eine schlechte Armee, die den Schöpfer verweigerte und sich mit einer Kritik der Maßnahmen der Staatsanwaltschaft und der Verwaltungsbehörde befreite. Mit denselben Recht könnte verlangt werden, daß die Armee ihre politische Überzeugung formuliert und der einen Regierung gehorcht, der andern nicht. Ich stelle noch einmal fest, daß die Armee die Maßnahmen des Staatsanwalts und des Starosten nicht kritisieren darf und daß die Truppen nicht in den politischen Kampf hineingezogen werden dürfen. Die Armee ist einer der Hauptfeinde, auf die sich das Staatsgebäude stützt. (Lauter Weiß rechts und in der Mitte, Unruhe auf der Linken.)

Abg. Górk ist zwar von dem Gesetzentwurf nicht völlig befreit, erklärt sich aber trotzdem für ihn und bedauert den Angriff der Linken auf die Kirche.

In der Abstimmung wird der Antrag Perl abgelehnt.

Das Gesetz wird in erster Lesung angenommen. Ein Entwurf über die Besteuerung des Vermögens zu erwachsen wird dem Finanz- und Haushaltsausschuss überwiesen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet das Gesetz über die Staatsfinanzen.

Abg. Majewski: Das Programm des Finanzministers enthält unter anderem den Plan der Gründung einer Emissionsbank. Die entsprechenden Gesetze werden in Kürze vorgelegt werden. Bevor das geschieht, muß ein Finanzgesetz beschlossen werden, auf das sich die Gründung einer Emissionsbank stützen kann. Der Ausführungsplan hat den Regierungsentwurf ohne erhebliche Veränderungen angenommen und beantragt zum Zweck der Erhaltung des Vertrauens zu den Staatsfinanzen eine Entscheidung, in der der Finanzausschuss aufgefordert wird, in jedem Vierteljahr die Namen der Personen öffentlich zu nennen, die ohne Einigkeit Gold und Silber zugunsten des Staates abgeben. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Aussprache über den Dringlichkeitsantrag des Ministerpräsidenten betreffend die Wahlen in Mittellitauen. Das Wort ergreift

Ministerpräsident Poniatowski:

"Eine der Hauptbestrebungen der Regierung ist die Klärung der Fragen, die bis jetzt die Festlegung der Grenzen der Republik Polen verhinderten. Zu diesen Fragen gehört die Wilnaer Frage. Wir wissen, wie wechselseitig in der letzten Zeit die Geschichte dieses Landes war. Freude, Zweifel und Verzweiflung wechselten miteinander. Der Heldentum der polnischen Truppen befreite das Wilnaer Land zweimal, aber die moralischen Leiden, die die Folgen der Ungewissheit des Loses waren, bedrücken die Bevölkerung nach wie vor. Es ist höchste Zeit, daß dem ein Ende gemacht wird. Die polnische Regierung will jetzt darauf hinweisen, daß das Verlangen veröfflicht wird: über die staatliche Zugehörigkeit des Wilnaer Gebiets soll der Wille der Bevölkerung entscheiden. Zu diesem Zweck soll in der nächsten Zeit eine Versammlung von Vertretern des Wilnaer Landes in Wilna zusammenentreten. Die Wahl dieser Vertreter soll auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Verhältniswahlrechts vor sich gehen. Eine solche Regelung der Angelegenheit wird dem Leitsatz des Völkerbundes entsprechen, der seinen Ausdruck gefunden hat in dem Beschlusse des Völkerkongresses vom 28. Oktober 1920, daß die Wahlen zu einer Versammlung von Vertretern des Wilnaer Landes ohne Zweifel eine Art Volksbefragung (consultation populaire) darstellen und daß eine solche Befragung wünschenswert sei. Auf diese Weise wird die Zusage des Obersten Heerführers der polnischen Truppen vom 22. Juli 1919 verwirklicht, nach der das Wilnaer Land sich selbst ungehindert über seine Zukunft aussprechen soll, und in diesem Sinne hat sich ja auch der gesetzgebende Sejm ausgesprochen. Ich bin der Meinung, daß die Notwendigkeit der Verwirklichung dieser Versprechungen von niemand bestritten werden kann."

Das Gesetz, in dem die Wahlen stattfinden sollen, darf nach Ansicht der Regierung nicht tendenziös abgestimmt werden. Die Regierung würde der Würde Polens nicht gerecht werden, wenn sie sich solcher Mittel bedienen würde. Für die Regierung ist es ebenso wie für den Sejm völlig klar, daß die Bevölkerung Mittellitauens nichts schändlicher wünscht als die endgültige Vereinigung

mit Polen. Grundlagen für staatsrechtliche und internationale Beziehungen können nicht subjektiv geschaffen werden. Ich erinnere Sie daran, daß der Völkerbundrat am 28. Oktober 1920 die Kreise Wilna, Grodno, Swietokrzystki, Oszmiany, Lida und Grodno für strittig erklärte. In ihrer Note vom 7. November 1920, die von den Herren Paderewski und Szlęzak Herrn Bourgeois überreicht wurde, erklärte sich die polnische Regierung einverstanden mit einer Volksbefragung in Übereinstimmung mit dem Völkerbundbeschuß vom 28. Oktober 1920. Beibehalten blieb nur, daß die auf Grund des Niagaravertrages an Polen gefallenen Gebiete östlich der zwischen Litauen und Sovjetrussland vereinbarten Linie in keinem Fall Gegenstand einer Abstimmung sein könnten. Eine kleine Einschränkung des Abstimmungsgebietes wurde auch durch die polnische Note an den Völkerbund vom 28. November 1920 ausgesprochen. In dem durch Vermittelung des Obersten Chardigny aufgetretenen Gesetzentwurf vom 4. März 1921 wurden 15 Wahlkreise genannt. So wurde auf internationalem Wege der Umfang des strittigen Gebietes innerhalb des Wilnaer Landes festgelegt. Es war aber in seinem staatsrechtlichen Alt die Rede von einer Beschränkung auf das sogenannte Mittellitauen. Was unter "MittelLitauen" zu verstehen ist, steht übrigens auch noch durchaus nicht fest. Die als Folge der Belebung durch die Zeligowski-Truppen gegebenen Grenzen sind ein Werk des Zufalls. Diese Grenzen könnten anders sein. General Zeligowski bezeichnet mit "MittelLitauen" nicht das von ihm befehlte Gebiet, sondern alles, was innerhalb der Grenzen des vom Völkerbund als strittig erklärten Gebietes liegt. Man erkennt dieses aus den vom Völkerbund veröffentlichten Erläuterungen vom 12. Oktober 1920 und 1. November 1920, endlich aus dem Erlass Nr. 21 über die Wahlordnung zum Sejm Mittellitauens, gegen den die polnische Regierung keinen Protest erhob. Wir erschien daraus, daß sowohl der Völkerbund als auch die polnische Regierung und der General Zeligowski seit längerer Zeit den Begriff des umstrittenen Gebietes in gleicher Weise aufzufassen. Es sind also keine Ursachen zu einer Verkleinerung dieses Gebietes vorhanden."

Nach Prüfung der für und gegen eine Erweiterung des Abstimmungsgebietes sprechenden Argumente führt der Ministerpräsident fort: "Wir sind der Ansicht, daß die Stimme der Bevölkerung des Wilnaer Landes sich für Polen ausspielen wird. Aber sobald wir überhaupt den Grundzustand der Volksbefragung annehmen müssen, müssen wir auch die Möglichkeit einer anderen Entscheidung auflossen. Die Zugehörigkeit des Kreises Grodno zu Polen kann nicht einen Augenblick in Zweifel gezogen werden. Polen braucht diesen Kreis als Vorbild für die Festung Grodno. Es handelt sich freilich nicht um den ganzen Kreis, sondern um einige Gemeinden, deren Stimmen nicht ausschlaggebend sein könnten für die Zusammensetzung der Volksbefreiung. Wir nehmen an, daß das Ausland den Standpunkt Polens befreien wird und daß es einsehen wird, daß wir und mehr noch als von formellen Gründen leiten können. Alle in dem als strittig anerkannten Gebiet befindlichen Kreise (Wilna, Lida, Bracław, Oszmiany, Swietokrzystki, Lida) müssen nach Ansicht der Regierung ihre Vertreter in die Versammlung der Abgeordneten des Wilnaer Landes entsenden."

In diesem Sinne gibt der Ministerpräsident dem Sejm folgenden

Regierungsantrag

belebt:

"Der Sejm wolle seine Zustimmung dazu geben, daß in dem rechts des Niemen gelegenen Teil des Kreises Lida sowie im Kreise Bracław Wahlen stattfinden für die in Wilna zusammenstehende Versammlung der Vertreter der Bevölkerung des Wilnaer Landes, die dem Volkswillen über die staatliche Zugehörigkeit dieses Landes Ausdruck geben soll, entsprechend den von dem derzeitigen Verwaltungsausschuss in Wilna festzustellenden Grundsätzen und daß die Regierung die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlässt. Die Regierung bittet das hohe Haus, sofort mit der Aussprache zu beginnen und den Entwurf nicht erst dem Ausschuß zu überreichen, da ja die Parteien schon die Möglichkeit hatten, den Entwurf zu prüfen und ihren Standpunkt dazu festzulegen."

In der Aussprache ergriffen die Abg. Gąbiński, Dąbrowski und Dąbrowski das Wort. Fortsetzung der Aussprache am Mittwoch.

\*

In der

Sejmierung vom 16. November

wurde der Regierungsentwurf, der die Volksabstimmung im erweiterten mittellitauischen Gebiet, d. h. unter Hinzuziehung zweier zu Polen gerechneter Kreise, fordert, mit 171 gegen 158 Stimmen angenommen. (Über den Ver-

lust möglichen, daß in der für die Gesamtheit der slawischen Volksmusik und -dichtung charakteristischen Naturlichkeit die weiche und dahinschmelzende, eine süße Unterordnung unter die Gewalten der Natur ausdrückende Volksstimme der Slaven wesentlich ist, während das ausgesprochene Volkslied zugleich eine Neigung zum schafthaften, aber auch immer demütig weichen Humor erkennbar ist; die Weichheit und Hingabe, hier wie dort, zuweilen unterbrochen durch Eruptionen des wilden slawischen Trotes in der gleichen resignierten Molltonart. Charakteristisch für die polnische Stimmgabe ist eine gewisse Übertriebung der genannten beiden Extreme, eines allerträgigsten Frohs (vgl. Dolęćki's jarmatistische Beethoven), und eines ersterbenden weichlichen Pianissimo, von denen die italienische Schule sagen würde, daß sie ungünstig, ja vielleicht stimmwidrig seien; wer aber die gute Lehre dieses Abends begriffen hat, der ist um die neue Erfahrung reicher geworden, daß bei diesen Charaktervoraussetzungen eine solche Stimmgabe als durchaus natürlich und durchaus schön zu zählen ist. Das absolut Schöne geht eben in den höheren Grade der Entwicklung in das Charakteristische, nicht mehr unbedingt Schöne über, das in der Gesamtwirkung nicht niedriger, viel mehr höher steht. Für die eindringliche Vermittlung dieser Kenntnis kann man den Darbietenden nur rückhaltlos dankbar sein.

Des weiteren wurde u. a. die Gattung des Opernlieds vorgeführt durch die Nummern: Arie aus "Paria" und "Halla" von Moniuszko, welche uns nebst einigen anderen Sätzen die seine und zugleich souveräne Burghaltung des Herrn Wallenius auch als Klavierbegleiter schätzen lehrten; die musikalische Gedankenheit in Gestalt der Piecen "Hambo", "A biedrzyjje", "Rogrzeb Rzozimierze Wielfiego" von Wallenius und noch einige Sologeangsnummern, von denen es genügt hervorzuheben, daß sie von der Sängerin und dem Begleiter mit Meisterschaft und, was in unsern Augen mehr ist, mit vollem Verständnis für den Endmaß vorgebracht wurden. Von diesem Verständnis ließ sich der Dirigent auch beraten, als er sein Stück "A biedrzyjje", wohl das tiefste in der Wirkung und mit einer wundervoll deutlichen Erwartungs- und Schlußstimmung, und noch zwei andere charakteristische Sätze zu Arie und Trommen der Bühnener wiederholte, wie meistens Völkern die neunte Sinfonie. Gleicher Verständnis bewies auch, daß die Zugaben nie aus dem Rahmen herausfielen, wie bei Zugaben so leicht zu befürchten; endlich auch, daß nach dem Kraftstück "Mazurek" von Gall am Schlus eine Zugabe weistlich unterblieb.

Bu rühmen ist abschließend noch die Geschicklichkeit des Dirigenten, den Ton anzugeben, ohne daß man es im Publikum geahnt wird, sowie die gute Artikulation des Saales, zu fadeln der unästhetische Anblick der jetzt unverhüllt mit ruiniertem Front stehenden Orgel.

Sch.

## Konzerte.

Am Sonnabend gab es im Vereinsaal zwei Gäste zu hören: Frau Charlotte Weise und Herrn Viktor Biderich, beide aus Lissa. Herr Biderich ist in Polen schon bekannt, Frau Weise trat zum ersten Mal als Geigerin auf. Sie spielte Mozart's Odysse-Sonate für Violine und Klavier, zwei heitere Stücke von Dvorák und Kreisler, Tschaikowsky's Serenade mélancolique und Präludium und Allegro von Pugnani. Sie spielte mit sich steigernder Wirkung und mit zunehmendem Erfolg und erwies sich als eine ernst zu nehmende Künstlerin von starkem Temperament, der die Technik, der schöne Ton, der energische Bogentechnik Mittel zur Wiedergabe des innerlich Erlebten sind. Die mächtig packende Kraft, mit der sie das Präludium von Pugnani hinlegte, und die zarte Innigkeit, mit der sie die lyrischen Stellen des Präludium folgenden Allegros erfüllte, werden nicht sobald vergessen werden: das war eine hervorragende, meisterhafte Leistung. Das Publikum fühlte dankbar die Künstlerschaft, die zu ihr sprach, und verlangte eine Zugabe. Sie wurde gewährt in Gestalt des "Liebestreitens" von Kreisler.

Herr Biderich, der seine Aufgabe als Begleiter und Partner am Klavier mit gewohnter Meisterschaft erfüllte, spielte als Solist Schuberts Impromptu-Balzer (op. 142, 8) und die herrliche Gemälde-Kapodie (op. 79, 2) von Brahms. Soll die Wiedergabe der beiden Werke abgewogen werden, dann dürfte die Ausführung des Schubertschen Impromptus den Vorzug erhalten. Die scharfe Herausarbeitung der Gegenhälfte der Stimmen drückte dieser Wiedergabe den besonderen Stempel auf.

Eine Geigerin gab es auch am Sonntag abend zu hören. Im Sinfoniekonzert des Theaterorchesters spielte die hierzu schon bekannte Irene Dubiski ein Poem für Geige und Klavier des französischen Komponisten Ernest Chausson und — was wertvoller und interessanter war — Teile einer Konzertsuite des Russen Taneyev, eines Komponisten, der zwar nicht ganz eigene Bahnen wandelt, aber in allem, was er schuf, gute, vornehme, und dabei doch der Volksküche nicht entbehrende Musik gab. Seine zum Teil auch konkavpunktuell interessanten Suitefächer geben Fr. Dubiski Gelegenheit, die an dieser Stelle früher schon gemürdigten Vorzüge ihres Spiels zu starker Wirkung gelangen zu lassen.

Das Orchester spielte Griegs Holbergsuite und Tschaikowsky's pathetische Sinfonie. Beide Werke wurden von Herrn Olszak mit großer Eindrücklichkeit und Lebendigkeit vorgetragen und verschafften dem Orchester und seinem Leiter starken Beifall.

Am derselben Abend fand im Universitätskonzertsaal das erste Konzert des Krakauer "Cio 5" statt, — eines sehr gut disziplinierten und von Herrn Operndirektor Wallenius-Walewski mit großer Umsicht und Einsicht geleiteten Männergesangvereins. Was vor Beginn des Sinfoniekonzertes im ersten Teil des Chorkonzertes

# • Posener Tageblatt. •

lauf dieser bedeutenden Sitzung werden wir morgen berichten.  
Die Schriftst. \*

## Die kommenden Sejmwahlen.

Der Altesten Ausschuss des Sejm beschäftigte sich in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Poniatowski und der Minister Skirmunt und Michalski mit der Frage der Neuwahlen zum Sejm. Der Ministerpräsident äußerte den Wunsch, daß die gegenwärtigen Beratungen des Sejm noch vor Weihnachten ihr Ende finden würden. Der Nationale Volksverband, die Wyzwoleniegruppe und die Städtegruppe befürworteten eine beschleunigte Erledigung der parlamentarischen Arbeiten und möglichst baldige Auflösung der Neuwahlen. Es wird für wünschenswert erklärt, daß die Wahlen im März stattfinden. Die Volksparteien, die Sozialdemokraten, die Katholische Volkspartei, die Stadtburgerspartei, die Christlichdemokraten und die Partei der Versöhnungsarbeit sprachen sich gegen eine Festlegung des Schlüfterms für die gegenwärtigen Sejmberatungen aus. Die Nationale Volkspartei unterstützte den Antrag des Marschalls auf Vornahme der Wahlen am letzten Märzsonntag.

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 17. November.

### Stadtverordnetenversammlung.

Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski eröffnete die gestrige Stadtverordnetenversammlung um 7 Uhr. Nach einer unbedeutenden Anfrage trat man in die Beratung der Tagesordnung ein.

Zunächst wurden verschiedene Wahlen, und zwar von Armenräten, eines Bezirksvorsteher für den II. Bezirk vollzogen und die Verstärkung verschiedener Titel der Allgemeinen Verwaltung glatt erledigt.

Die Kurzosten im Stadtkrankenhaus wurden in der 1. Klasse auf 1000 M. für Erwachsene, 800 M. für Kinder, in der 2. Klasse auf 750 M. für Erwachsene, 500 M. für Kinder erhöht. Die Kurzosten für auswärtige Kranke stellen sich entsprechend höher. Für die Verstärkung verschiedener Titel der Krankenhausverwaltung für das Jahr 1920 bewilligte die Versammlung vier Millionen Mark, die für Feuerung, Gas, Wäsche usw. verausgabt wurden. Ebenfalls wurde eine Buschlagssumme für das Jahr 1921 von der Versammlung glatt angenommen.

Beratungen des Voranschlags des Jugendamtes für 1920 und des Titels III der Schulverwaltung wurden ebenfalls ohne Widerstand der Versammlung genehmigt.

Der folgende Punkt betraf die in der vorigen Sitzung vertagte Angelegenheit der Posener Messe, über die der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski als Berichterstatter u. a. folgende Ausführungen machte: "Der Erfolg der Messe war in moralischer und materieller Hinsicht vorzüglich. Die Interessenten sind die Ansicht, daß die Messen aufrecht erhalten werden müssen. Zu diesem Zweck liegen zwei Pläne vor, und zwar die Messe in eine Altengesellschaft umzuwandeln oder ihre Beitung in die Hände des Magistrats zu legen. Um dem Fortbestand der Messe eine leichtere Form zu geben, wurde ein Messearmt beim Magistrat geschaffen, das sich aus ungefähr 60 Personen zusammensetzt. Der Magistrat ist durch eine Deputation von 9 Personen vertreten. Der gesamte Meingehinn der ersten Messe erbrachte 4 Millionen Mark. Ein Teil war die Verteilung der Messe auf vier verschiedene Stellen." Der Redner legte folgende vier Anträge in dieser Angelegenheit vor: 1. Die Messen werden als städtisches Institut vom Magistrat geleitet; 2. der Magistrat erklärt sich mit dem Ankauf von Bataden am Livoniusplatz bzw. mit der Anmündung von Verhandlungen über diesen Ankauf einverstanden; 3. der Magistrat bewilligt die ersten Kredite von 10 Millionen Mark zur Führung der Messe; 4. aus der Versammlung werden 2 Mitglieder zur Kommission gewählt.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine 'gemalten' Minister, die immer und immer wieder versprechen, ohne zu erfüllen."

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski legte hierauf den Antrag vor: "Seit drei Jahren führen wir hier und interpellieren den Magistrat über Fleisch, Milch, Kohle usw., und die Verhältnisse werden immer schlimmer. Ich wende mich an den Herrn Vizepräsidenten, damit dieser den Minister Bachowiau auf die ungeheure, unnötige Vereiterung der Kohle aufmerksam mache. Was macht eigentlich in Warschau der Brotzel Produzenten?" Das Ministerium sorgt durchaus nicht für uns. Die Kohle aus dem Dąbrowska Gebiet kostet um 100 v. h. mehr als die oberschlesische Kohle; wie kommt es nun, daß wir keine oberschlesische Kohle haben, die uns 500–600 M. für den Zentner kosten würde? Während die Dąbrowska Kohle 200 000 M. pro Wagen kostet, würden wir für Kohle aus Oberschlesien 100 000 oder gar nur 80 000 M. bezahlen. Oberschlesiens bittet uns ständig um den Ankauf seiner Kohle, die dort aufgespalten ist, wir aber kaufen diese Kohle nicht. Für eine Unifikation, wie diese, dachte ich. Es geht doch nicht, daß in Warschau ein paar Männer Millionen gewinnen einheimischen, während wir hier frieren. Wir brauchen keine

**Statt Mutter.**  
Die glückliche Geburt eines kräftigen  
**Jungen**  
zeigen ergeben an  
Oberamtmann Schmidt und Frau  
geb. Holtheuer.  
Rawicz, den 15. November 1921. 13872

**Felicitas Rohfleisch**  
**Dr. phil. Tassilo Schultheiss**  
Studienreferendar  
Verlobte  
Poznań, im November 1921

Heute entschließt sonst nach nur 24 stündigem schweren Leiden unsere geliebte älteste Tochter und Schwester

### Annemarie Dauch

im Alter von 14½ Jahren.

Es zeigt dies tiefschärfst am  
**Georg Dauch und Frau**  
nebst Kindern Bodo, Irene u. Rolf.

Starosta b. Poznań, den 16. Nov. 1921.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 19. November, nachmittags 3½ Uhr vom Trauerhaus aus statt. 13881

**Unser Junge**  
**Alfred Horst**  
ist gestern, 3 Wochen alt, zu ewiger Ruhe eingeschlafen.  
**Hugo Berlinus und Frau**  
Johanna, geb. Hornstein.

**Danksagung.**  
Für die freundlichen Beweise aufrichtiger Teilnahme und reichen Kränzchen bei dem so frühen Heimgange unseres lieben Sohnes, des Landwirts

**Adolf Henkel**  
sprechen wir hierdurch, zugleich im Namen aller Angehörigen, besonders auch Herrn Pastor Strobel für die trostreichen Worte sowie auch dem Herzlowo'er Gesangverein unsern herzlichsten Dank aus.

Lannenhorst b. Bobrowitz, im Nov. 1921.

**Rudolf Henkel und Frau.**

**Bekanntmachung.**  
Aus polizeilicher Gewindheit rücksicht ordne ich allgemeine Verachtung von Ratten in sämtlichen Besitzungen der Stadt Poznań am 1. und 2. Dezember durch Auslegung von Kuchenphosphorat zum. Das Gift ist an geeigneten Stellen auszulegen, wo es nicht Tiere oder Menschen gefährdet. Das Gift muss am Donnerstag, dem 1. Dezember, um 9 Uhr vormittags ausgelegt werden, welches dann bis zum nächsten Tage, d. h. Freitag, den 2. Dezember, früh 8 Uhr liegen bleiben muss.

Besitzern sowie Verwaltern von Häusern geht noch eine besondere Verordnung zu.

Poznań, den 10. November 1921.

Starosta Grodzki.

(—) Mrávicsics.

### Wichtig für Guts- und Grundstücksbesitzer!

Wer sein Besitztum verkaufen will, wende sich mit voller Inventur- und Preisangabe an das Spezialbüro f. An- u. Verkauf von Grundstücken. Regulierung nach Wunsch in Deutschland.

**M. Tomaszewski,**  
Poznań, ulica Długa 13. 13879

### Zirka 5000 Morgen große Herrschaft

zwischen Bydgoszcz und Poznań, alles bester schwarzer Rüben- und Weizenboden, in bestem Zustand und Kultur, wird gegen gleichwert. Preis in Deutschland zu kaufen oder zu verkaufen gesucht. Ges. Offerten unter B. 3886 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbettet.

**Etwas f. Amerikaner!**  
**Landwirtschaft,** zirka 70 Morgen, davon 5 Morgen Wald, 5 Morgen Wiese, 4 Klm. von Bahnstation, mit lebend. und totem Inventar (Gebäude massiv, fast neu), sofort zu verkaufen, evtl. auch Tausch in Deutschland. Gute Jagdelegenheit ist geboten. Ges. Angebote unter B. 3861 an die Gesch. d. Bl. erbettet.

**Zjednoczenie Producentów Rolnych**  
Poznań, Aleje Marcinkowskiego Nr. 13  
übernimmt die  
**Vermittlung beim Verkauf derjenigen Zuckerfabrik-Aktien, die der Liquidation unterliegen.**

**Prima oberschlesischen Hüttenfolks**  
sowie **prima oberschlesische Steinkohlen**  
liefern nur bei waggonweisem Bezug  
**Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe - Poznań**  
Kalużny i Werner  
Poznań, Wały Zygmunta 3. Telephon 1296 und 3871.  
Telegramm-Adresse: Werner Kohlenvertrieb.

**Landgut,** 300 – 1000 Morgen im  
Posenischen zu pachten  
gesucht. 13880  
**Stark, Poznań,**  
ulica Długa 4. Fernspr. 2760.

**Tauschobjekt.** Gutgehende Möbelhandlung in Eischerei,  
alteingesührtes Geschäft in Kreis- und Garnisonstadt  
gegen ein solches in Deutschland zu tauschen  
gesucht. Angebote und diesbezügliche Anfragen unter  
B. 9. 2585 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbettet.

**Eisenwaren-, Staben- u.-**  
**Baumaterialien-Handl.**  
mit Grundstück zu verkaufen oder geg. ein Grundstück in Deutschland einzutauschen; auch kann das Grundstück ohne Warenlager übernommen werden.  
Angeb. u. B. 3848 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbettet.

**Installationsmaterial**  
**Akkumulatorensäure**  
**Klingelelemente**  
**Kohlenbürsten**  
**Bürstenhalter**  
**Glühlampen**  
**Lagermetall**  
**Klingerit**  
**Packung**  
**Asbest**  
u. dergl. 13826

**J. Matuszewski,**  
Tel. 2219. Poznań, Góra Wilda 132. Tel. 2219

1 saft neues Nivellier-Instrument  
(R. Reiß) mit Zu-  
behör zu verkaufen. Baumeister H. Müller, Litzno.

25 Getreidereinig.-Maschinen  
sofort lieferbar 13874  
**Maschinenbauanstalt Haupt,**  
Chodzież (früher Nolmar).

Durch Auflösung einer Brauerei  
freigewordene

**Brauerei-Maschinen**  
wie Dampfkessel 25 PS., Eismaschine,  
Sudhauseinrichtung usw. sofort veräußert.

**Landw. Großhandelsgesellschaft**  
Brodnica. 13873  
Eine neue Marro-Ziegelpresse  
mit Feinwalzwerk, nur einen Sommer im Betrieb gewesen, zu verkaufen.

Erich Sorgatz, Dampfziegelei Pawłowo b. Chodzież.

**Drehstlerbank,** fast neu, zirka 225 m lang, für Drehbetrieb eingerichtet, zu verkaufen.

Karl Helm, Czarnków, Rybaki 15.

Wer sein Grundstück oder  
Landwirtschaft günstig  
und verkaufswillig, wende sich an  
Fr. Kempa, Litzno, ulica  
Lipowa 15, Tel. 149.  
Erstes Handels- u. Vermittlungs-Bureau am  
Platz. 13884  
Erledigt alle ver. Handelsan-  
gelegenheiten prompt u. trell.

Welcher Pole Deutschlands  
taucht mit einem Deutschen  
in Polen seine

### Landwirtschaft.

Selbige ist 55 Mrg. groß, fern.  
erstklass. Boden, massive Ge-  
bäude, überkompl. tot. u. leb.  
Inv. Ang. an Friedrich  
Ziebold, Pawłowo b. Litz-  
no, Grodzisk.

Andacht in der  
Gemeinde-Synagogen.  
**Synagoge A**  
Wolnicza.

Freitag, 18. Nov. ab. 5 Uhr.  
Sonnabend morgens 9 Uhr  
(beginn. mit Schach-  
ris).

nachm. 4½ Uhr Zugend-  
andacht.

nachm. 5½ Uhr Mincha.

abends 5 Uhr 43 M. Sab-  
batanfang.

Wertags-Andacht.

Morgens 7½ Uhr u. abends  
5 Uhr.

**Synagoge B**

(Israel Brüdergemeinde).

Ulica Dominikańska.

Freitag, 18. November abds.  
5 Uhr.

Sonnabend vorm. 10 Uhr.

Wertags-Andacht.

Morgens 7½ Uhr u. abends  
4½ Uhr.

Gebildeter Landwirt, 26 Jahre alt, erwanc., von gutem  
Gesicht, vorliche Erscheinung und in  
guter Position sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft  
einer Dame mit loyaler Weltanschau-  
ung, möglichst mit Bild. unter B. 100  
Poznań, Wroniecka 12. Diskretion zugesichert u. erwünscht.

**Heirat**

26 Jahre alt, erwanc., von gutem  
Gesicht, vorliche Erscheinung und in  
guter Position sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft  
einer Dame mit loyaler Weltanschau-  
ung, möglichst mit Bild. unter B. 100  
Poznań, Wroniecka 12. Diskretion zugesichert u. erwünscht.

**Ansiedelungs-Schmiede,**  
gute Lage, 10 Morgen Land, veräußere gegen gleiches  
Geschäft in Deutschland. Offerten unter B. 3885 an die  
Geschäftsstelle dieses Blattes erbettet.

### Sehr gute Eristenz.

Eine im oberschlesischen abgetrennt. Gärtnerei in  
Gebiet gelegene 15000 Einwohner  
wohnen ist an zahlungsfähigen Käufer abzugeben.  
Übernahme sofort oder später. Offerten an Annons-  
Expedition Rudolf Moße, Dresden unter B. 6  
6603 erbeten. (M. 2923)

**Brennereikartoffeln**  
offert Paul Schiavonetti, Kartoffelgroß-  
handlung, Pleszew, Telephon Nr. 35.

Gesucht zum 1. 1. 22  
engagiert ch. jüngeren, energischen  
Kandidaten, der poln. Sprache, Schrift, Arotzyn.  
Bedingungen mindestens 2 J. Prä-  
cis und kennt sowohl Wort und Schrift.

**Assistenten.**  
Getreide-Samen- und Futtermittelgeschäft im ehemaligen  
preußischen Gebiete sucht für sofort oder 1. Januar 1922  
erprobten Fachmann als Prokuristen  
sowie ein.

bilanzsicher. Buchhalter(in).  
Bewerbungen mit Zeugnisabschr. Lebenslauf u. Gehaltsford.  
unter B. 1. 2. 3840 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbettet.

**Oberförster**, Deutscher, z. Bt. im volkischen Staatsdienst, sucht  
gleiche Stellung für bald ob. später  
im Privatdienst in den ehem. preuß. Teilegebieten.  
Gest. Zuschriften unter 3858 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbettet.

**Suche Schmiedemstr.**  
von bald ob. 1. 4. 22, habe starken Gehilfen, eigenen Hand-  
werkzeug und bin vertraut in sämtl. Maschinen u. Werk-  
gerätschaften. Karl Walter, Senkowo. Voll Podebradie,  
Kreis Samles (Szamotuly).



Dienstag, 22. Nov., abds  
8 Uhr, im Saal des Zool.  
Gartens:

**Der Waffenschmied**  
comische Oper in 3 Akten  
von Albert Lortzing.

Eintrittskarten zu 400,  
300, 200 u. 100 Mark einschl. Steuer, in der Evgl.  
Vereinsbuchhandlung (ul. Wjazdowa.)